

Wie die USA ihren Hauptkonkurrenten – die EU – umbringen

24. Juli 2022 | Vladimir Danilov

Es wird kaum jemanden überraschen, dass die USA, die historisch gesehen das „Stiefkind“ Europas sind, von wo aus die massenhafte Besiedlung der Neuen Welt ausging, schon immer eine eifer-süchtige Haltung gegenüber ihrer Alma Mater an den Tag gelegt haben. Dieser Prozess hat sich vor allem in den letzten Jahrzehnten verschärft, als Amerika in einen harten Konkurrenzkampf mit Europa in den Bereichen Wirtschaft, Handel und globale Vorherrschaft eintrat.

Durch die Politik der Schwächung der nationalen Eliten und der Wirtschaft der europäischen Länder gelang es den USA, Europa aus dem Kreis ihrer Konkurrenten zu entfernen. In seinem Bestreben, der alleinige „Eigentümer der Welt“ zu werden, gelang es Washington, das alte Europa zu zerstören und die neue politische Elite, die sich ausschließlich auf das Weiße Haus konzentriert, um dort ihren Platz einzunehmen, dazu zu bringen, das damals bestehende Gleichgewicht der Meinungen zu beseitigen und die europäischen Staaten endgültig zu schwächen. Das Ergebnis ist, dass heute sowohl das EU-Parlament als auch die von den US-Protégés in der EU verabschiedeten Gesetze auf die absolute Befolgung der Anweisungen aus dem Weißen Haus ausgerichtet sind.

Diese Anweisungen spiegeln nicht einmal eine sichtbare europäische Souveränität wider, und viele von ihnen stehen ganz im Gegensatz zu den Interessen der Bewohner Europas. Bedauerlicherweise sind diese neuen Politiker der „amerikanischen Welle“ diejenigen, die in der europäischen Politik die erste Geige spielen. Washington schreckt vor nichts zurück, um solche gehorsamen Marionetten in die Entscheidungsgremien der EU einzuschleusen.

Um dies zu bestätigen, genügt es, sich an den ehemaligen IWF-Chef Dominique Strauss-Kahn zu erinnern, der verleumdet wurde, als er versuchte, Entscheidungen zu treffen, die für die USA nachteilig waren. Ja, später stellte sich heraus, dass er verleumdet worden war und unschuldig war, aber das Weiße Haus schaffte es, den unerwünschten Politiker zu entfernen. Leider ist dies kein Einzelfall; abgesehen von Strauss-Kahn waren und sind sehr viele europäische Politiker einem ähnlichen Druck ausgesetzt.

Nach der Ukraine-Krise, die von Washington ausgelöst wurde, indem es in Kiew ein offenkundig nazistisches Regime an die Macht brachte, fordern die USA die EU auf, zahlreiche antirussische Sanktionen zu verhängen. Washington ist von diesen Sanktionen weit weniger betroffen als seine europäischen Partner, denn die USA sind nachsichtig mit sich selbst und versuchen, nicht in Bereichen aktiv zu werden, in denen ihre eigene Wirtschaft ernsthaft beeinträchtigt werden könnte. Die Europäer leiden besonders unter dieser Politik Washingtons, die darauf abzielt, die EU als Konkurrenten zu schwächen.

Wie der russische Präsident Wladimir Putin auf dem Internationalen Wirtschaftsforum 2022 in St. Petersburg betonte, sehen wir vor diesem Hintergrund, wie sich die wirtschaftlichen und sozialen Probleme in Europa verschlechtern, die Preise für Waren, Lebensmittel, elektrische Energie und

Kraftstoffe steigen, die Lebensqualität der Europäer sinkt und die Unternehmen verlieren ihre Wettbewerbsfähigkeit. Nach Schätzungen von Experten könnten allein die direkten Verluste, die der EU durch die Sanktionen entstehen, im nächsten Jahr 400 Milliarden Dollar übersteigen. Diese Kosten werden direkt von der Bevölkerung und den Unternehmen in der EU getragen, wobei die Inflation in einigen Ländern der Eurozone bereits um mehr als 20 Prozent gestiegen ist.

Die USA brauchen ein halbverhungertes und eingeschüchtertes Europa, das allen Signalen aus Washington gehorcht. Dafür sorgen die Politiker, die von den USA in verschiedene EU-Strukturen eingepflanzt wurden. Die komplizierteste Situation ergibt sich jetzt im Energiesektor.

Wie Sie wissen, ist die Neuaufteilung des Kohlenwasserstoffmarktes seit langem die Hauptantriebskraft der US-Geopolitik. Die USA haben mehrere Kriege angezettelt, Putsche und andere Konflikte provoziert, um diesen Markt zu kontrollieren. Angesichts der Tatsache, dass die Aussichten auf einen wachsenden Anteil von Gas am Energiegeschäft deutlich gestiegen sind, hat auch das Interesse der USA an der Erlangung der weltweiten Vorherrschaft auf dem Gasmarkt zugenommen (was nach den Plänen Washingtons die Möglichkeit einer zunehmenden Vorherrschaft verspricht, wie es seinerzeit mit der Eroberung des globalen Ölmarktes durch die USA geschah).

Ausgehend von der bedeutenden Rolle, die der europäische Markt in diesem Bereich spielt, begann das Weiße Haus unter rein künstlichen Vorwänden – über die von ihm kontrollierten europäischen Politiker und Medien – den Kampf gegen die angebliche Bedrohung durch die Energieabhängigkeit der EU von Russland; in der Folge wurden künstliche Hindernisse für russische Gaslieferungen nach Europa geschaffen.

Die EU, die aufgrund der von Washingtons Lakaien in Brüssel, wie der Präsidentin der EU-Kommission Ursula von der Leyen, dem Präsidenten des EU-Rates Charles Michel und dem Hohen Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Josep Borrell, verfolgten Politik in eine Vasallenabhängigkeit von den USA geraten ist, befindet sich in einer Gas- und allgemeinen Energiekrise.

Nach der Bekanntgabe der Entscheidung der amerikanischen Firma Baker Hughes, alle russischen LNG-Projekte nicht mehr zu betreuen, geriet der europäische Markt in eine besonders große Unruhe, da die USA ihre Servicetechniker von den russischen Gasprojekten mit Bezug zu Europa abgezogen haben. Nachdem die USA Europa versprochen hatten, die Verluste aus den verringerten Lieferungen des billigen russischen Pipeline-Gases durch amerikanisches Flüssiggas auszugleichen, und damit versuchten, der Hauptlieferant dieser Energieressource für Europa zu werden, stellen sie der EU harte Bedingungen. Laut Forbes soll Europa zusätzliche Gebühren für Energieressourcen zahlen, um die Nachfrage der asiatischen Verbraucher zu bremsen.

Washington hat diese Aufgabe jedoch in der Praxis nicht bewältigt und den Europäern im Juli noch größeres Unglück beschert. So wird aufgrund eines Unfalls in der texanischen Freeport LNG-Anlage das Exportterminal, über das 68 Prozent des LNG aus der Anlage nach Europa geliefert werden, für etwa drei Monate nicht in Betrieb sein. Die Situation auf dem europäischen Gasmarkt wurde durch die Unterbrechung der Reparatur, Wartung und Rückgabe von Gasturbinen für Nord Stream durch Ottawa und die korrupte Sanktionsverschwörung der USA und Kanadas, die zu einer erzwungenen Reduzierung der russischen Gaslieferungen nach Europa führte, noch verschärft.

All dies hat den Anstieg der Börsengaspreise in Europa um fast 25 Prozent noch weiter beschleunigt. Folglich sind die Börsenpreise für Gas um ein Vielfaches gestiegen, was zu zunehmenden

sozialen Spannungen in den EU-Ländern führt. So könnten nach Berichten in den deutschen Medien die Gaspreise für Verbraucher in Deutschland um das Dreifache steigen, viele Unternehmen werden geschlossen und gehen in Konkurs.

Daher ist eine Erleuchtung der Europäer über Washingtons unverhohlenen provokative und anti-europäische Politik in dem von ihm ausgelösten „Gaskrieg“ unvermeidlich.

Die jüngste Abwertung des Euro, auf den die Welt große Hoffnungen gesetzt hat und den sie als Hauptkonkurrenten des US-Dollars betrachtete, hat den Konkurrenzkampf zwischen den USA und der EU deutlich gemacht. Dies hat bereits schwerwiegende Auswirkungen auf die europäischen Länder, und die globale wirtschaftliche Entwicklung wird zum Scheitern verurteilt sein, wie Lyan Yabin, Professor des International Strategy Institute der Zentralen Parteischule der VR China, [schreibt](#).

In den letzten Jahren haben sich die Migrationsströme zu einem weiteren Kriegsschauplatz zwischen den USA und der Alten Welt entwickelt. Waren es früher Tausende von Flüchtlingen, die aus den Ländern und Regionen, die den Militäraktionen der USA ausgesetzt waren (in erster Linie aus dem Nahen Osten und Nordafrika), nach Europa kamen, so sind es in den letzten Monaten die ukrainischen Flüchtlinge. Nach Angaben des UN-Hochkommissariats für Flüchtlinge hat ihre Zahl 8 Millionen überschritten, was auf die von Washington inspirierten Neonazi-Attacken in der Ukraine zurückzuführen ist; infolgedessen sah sich Russland gezwungen, eine spezielle Militäroperation einzuleiten, um der von den derzeitigen Kiewer Behörden verfolgten Politik entgegenzuwirken.

In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass sich die EU 2017, als Europa von einem riesigen Flüchtlingsstrom aus Syrien überrollt wurde, unter dem Druck der öffentlichen Meinung lange Zeit weigerte, Hunderttausende von Einwanderern aus dem Nahen Osten aufzunehmen. Doch das amerikanische Beratungsunternehmen McKinsey, das eng mit der CIA verbunden ist, überrumpelte die europäischen Beamten und entwickelte die Logistik für die Aufnahme und Unterbringung einer ganzen Million neuer Migranten in Europa. Ähnlich verhält es sich jetzt mit den ukrainischen Flüchtlingen: Die EU muss erhebliche Mittel auf Kosten der Lösung der sozialen Probleme in ihren Ländern aufwenden.